

**Festrede von
Minister Jörg Bode**
**anlässlich des gemeinsamen Sommerempfangs der Europa-Büros des
Arbeitgeberverbandes Lüneburg-Nordostniedersachsen e.V., des deutschen
Gewerkschaftsbundes und der Freien Wohlfahrtspflege
am 10.08.2010 in Lüneburg**

-Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Wiechel (Arbeitgeberverband),
sehr geehrter Herr Tölle (Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Niedersachsen,
Bremen, Sachsen-Anhalt),
sehr geehrte Frau Rundt (Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
Niedersachsen),
sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich sehr, heute beim Sommerempfang der EU-Büros in der Region
Lüneburg dabei zu sein.

In den drei Jahren ihres Bestehens sind die EU-Büros von Arbeitgebern,
Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden längst zu einem festen Bestandteil der
EU-Förderung in der Konvergenzregion Lüneburg geworden.

Doch einige von Ihnen werden sich bestimmt noch daran erinnern: Das war nicht
immer so.

Als die EU-Büros gegründet wurden gab es quer durch alle Parteien und Verbände
doch so einige Skeptiker, die die Einrichtung dieser Büros kritisch beurteilt haben.

Ich bin sicher, auch diese Kritiker haben sich längst von der guten Arbeit der EU-
Büros überzeugen lassen.

17 Projekte im Umfang von rund 3. Mio. € aus dem ESF sind bisher aus der Arbeit
der Büros entstanden, und decken ein breites Spektrum völlig unterschiedlicher
Inhalte ab:

- so wurde eine Schulungsreihe „Führungskraft der niedersächsischen Wirtschaft“ eingerichtet,
- ein Kompetenznetzwerk im Bereich der Betriebsräte der Region Celle-Lüneburg auf die Beine gestellt, und
- für viele langzeitarbeitslose Menschen neue Wege zum Job durch gezielte Integrationsförderung eröffnet.

All dies, und noch viele Projekte mehr, hätte es ohne die EU-Büros nicht gegeben.

Wenn wir immer wieder von der EU-Kommission für unsere innovativen Ansätze gelobt werden, dann ist das für den Bereich des ESF auch zu einem guten Stück Ihr Verdienst.

Wir brauchen solche innovativen Ansätze, um die EU-Kommission davon überzeugen, die EU-Förderung auch nach 2013 in Westdeutschland fortzusetzen.

Über die Zukunft der EU-Förderung wird momentan in Brüssel eine intensive Debatte geführt. Und diese Debatte ist auch für Niedersachsen von erheblicher Bedeutung. Und zwar nicht nur unter finanziellen sondern vor allem auch unter inhaltlichen Aspekten.

Denn in den nunmehr rund zwei Jahrzehnten ihres Bestehens hat die EU-Förderung vieles in unserem Lande ermöglicht, was sonst nicht hätte realisiert werden können.

So lässt sich feststellen, dass die in Deutschland in der Mitte der neunziger Jahre begonnene und in den letzten Jahren verstärkt vollzogene Umorientierung der Arbeitsmarktpolitik ohne den Einfluss des ESF und die Anstöße der Europäischen Beschäftigungsstrategie kaum eingetreten wären.

Dies gilt besonders für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Die Erkenntnis, dass Arbeitsmarktpolitik, nicht erst dann einsetzen darf, wenn Arbeitslosigkeit eingetreten ist, hat sich hier in Deutschland, das muss man leider sagen, ab Mitte der neunziger Jahre erst durch die Impulse aus Brüssel und der dortigen europäischen Beschäftigungsstrategie so richtig durchgesetzt.

Wie damals gilt auch heute: die großen Herausforderungen unserer Zeit kann kein Partner alleine bewältigen.

Hier bedarf es einer Kooperation aller politischen Ebenen und Partner von Stadt und Landkreis über das Land und den Bund bis hin zur Europäischen Union.

Dies ist für mich eine wesentliche Konsequenz aus der Lissabon-Strategie. Wenn wir es ernst meinen mit dem Anspruch, Europa zu DEM „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen, dann müssen wir diesen Anspruch auch in ganz Europa einlösen. Und dann gehört es dazu, dass die EU sich auch finanziell an den entscheidenden Projekten beteiligt.

Dies sage ich auch mit Blick auf die Strategie „Europa 2020“, die vor rund 5 Monaten vorgestellt worden ist, und einen ersten Ausblick auf die künftige Strategie bieten soll.

Wer die Fortsetzung der RWB- oder wie es früher hieß, der Ziel 2-Förderung in Frage stellt, trägt bestimmt nicht zum inneren Zusammenhalt der EU bei.

Gerade in Nettozahlerländern wie Deutschland muss der europäische Gedanke auch weiterhin über Projekte vermittelt werden, die auf einem ganz praktischen Niveau deutlich machen, wie positiv Europa für uns alle ist. Genau solche Projekte, wie sie der ESF seit Jahren fördert.

Wenn wir dies nicht mehr tun, wird Europa künftig noch stärker als reiner Kostenfaktor begriffen. Wohin dies führen kann haben die Diskussionen im Zusammenhang mit Euro-Krise gezeigt.

Weiterhin stünde zu befürchten, dass jene EU-Mitgliedstaaten, die nur noch sehr geringe (oder gar keine) Fördermittel mehr erhalten würden, sich kaum an die EU-Strategie „EU-2020“ gebunden fühlen würden.

Dies würde die EU-Strategie zu einer Strategie der ärmsten Mitgliedstaaten machen. Ohne deutliche Beiträge der stärkeren Länder zu den Forschungs-, Klima und Armutsbekämpfungszielen werden diese Ziele jedoch insgesamt kaum erreichbar sein.

Ich bin deshalb sehr froh, dass uns zuletzt Signale erreicht haben, die uns die Hoffnung geben, dass es auch nach 2013 eine flächendeckende EU-Förderung in Europa geben wird.

Meine Damen, wenn ich eben von den Zielen der EU-Förderung gesprochen habe, dann gelten diese natürlich nicht erst ab 2014. Schon für die gegenwärtige Förderperiode haben wir uns sehr ehrgeizige Ziele gesetzt.

So wollen wir mit Hilfe der ESF-Förderung in ganz Niedersachsen rund 80.000 Beschäftigte qualifizieren und rund 160.000 Arbeitslose auf ihrem Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt unterstützen und 14.000 neue Ausbildungsplätze schaffen.

Die ersten Zwischenergebnisse zeigen, dass wir dieses Ziel erreichen können.

Wenn man etwas bewegen will, meine Damen und Herren, kommt es jedoch nicht nur darauf an, Fördermittel in entsprechender Höhe bereit zu stellen.

Das schönste Förderprogramm läuft ins Leere, wenn es so kompliziert in der Anwendung ist, dass niemand einen Antrag stellt.

Dies gilt insbesondere für die EU-Programme. Denn diese müssen sowohl die europäischen Anforderungen erfüllen, als auch dem nationalen Haushaltsrecht genügen.

Ich weiß, dass auch in Niedersachsen die Komplexität der EU-Förderung gelegentlich beklagt wird.

Wir nehmen dies sehr ernst, und haben uns gerade in den vergangenen Monaten intensiv für Vereinfachungen in der Umsetzung der EU-Programme eingesetzt.

Und ich kann Ihnen mit Freude mitteilen, dass wir hier ein gutes Stück weitergekommen sind.

So haben wir im ESF von der EU-Kommission zwischenzeitlich die Genehmigung für eine umfassende Pauschalierung der indirekten Kosten erhalten.

Die Tragweite dieser Neuregelungen wird dann deutlich, wenn man sich einmal bildlich vor Augen führt, wie diese Neuregelungen die Verfahren verändern werden.

Früher mussten Antragsteller aktenordnerweise Belege einreichen, wenn Sie die bewilligten EU-Mittel zu Ihren Projekten anfordern wollten. Künftig sollte, zumindest in den meisten Fällen, ein dünner Schnellhefter ausreichen.

Denn von Porto und Telefon bis hin zu der anteiligen Anrechnung von Verwaltungspersonal und Geschäftsführern entfallen zukünftig die Einzelnachweise. Dies wird, da bin ich mir sicher, zu einer deutlichen Entlastung aller Beteiligten führen.

Vielleicht gibt es aber auch den einen oder anderen, der mit der Höhe der Pauschalen nicht so ganz zufrieden ist. Doch selbst, wenn es an manchen Stellen etwas weniger Zuschuss geben sollte, wird auch dort die Entbürokratisierung deutlich spürbar sein. Unter dem Strich werden sich die Pauschalen für jeden rechnen, da bin ich mir sicher.

Unser Pauschalierungsansatz ist mit der umfassendste in ganz Deutschland.

Doch trotzdem wollen wir hier noch weiter gehen, und haben längst die Verhandlungen mit der EU-Kommission über eine weitere Stufe der Pauschalierung begonnen.

Dabei geht es darum, von den Einzelnachweisen für Gehälter oder Arbeitslosengeldleistungen wegzukommen, und auch dafür Pauschalwerte anzusetzen.

Wir haben der EU-Kommission hier einen ausführlichen Vorschlag unterbreitet und dafür auch schon weitgehende Zustimmung signalisiert bekommen.

Nach der Sommerpause wollen wir die Verhandlungen dazu abschließen und die Regelung dann umgehend in Kraft setzen.

Nach unserer Vorstellung sollen dann 17 € pro Stunde einheitlich in allen Projekten als Freistellungskosten abgerechnet werden können.

Bei Arbeitslosenprojekten werden wir zukünftig 430 €/Monat für pflichtversicherte und 300 €/Monat für familienversicherte Teilnehmer als Co-Finanzierung anrechnen können.

Mit dem neuen Modell entfällt dann jeder Nachweis für Lohn- und Gehaltsabrechnungen. Es müssen nur noch die ohnehin Stundenzettel ausgefüllt werden.

Diese Neuregelung sollte dann nochmals einen weiteren deutlichen Entbürokratisierungsschub bringen.

Anrede,

wir befinden uns hier im einzigen Konvergenzfördergebiet in Westdeutschland.

Wir haben uns im Jahr 2007 bewusst dafür entschieden, HIER die EU-Büros einzurichten.

Nicht nur weil uns die EU-Verordnung vorschreibt im Rahmen unseres ESF-Konvergenzprogramms ein besonderes Augenmerk auf die Zusammenarbeit mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern zu legen. Das tun wir ohnehin, und zwar schon seit Jahren.

Nein, wir wollten mit der Einrichtung der EU-Büros bewusst ein neues Modell auf den Weg bringen. Ein Modell welches dazu beiträgt, die zusätzlichen Möglichkeiten, welche uns die Konvergenzförderung in der Region Lüneburg bis 2013 bietet, zu nutzen und in voller Höhe auszuschöpfen.

Denn gerade im ESF haben wir in diesem Zeitraum Möglichkeiten, die wir in dieser Dimension wohl kaum erneut erhalten werden.

210 Mio. EURO stehen uns aus dem ESF bis zum Jahr 2013 zur Verfügung. Ein Drittel davon, also rund 70 Mio. EURO, haben wir bis heute bewilligt und damit bisher fast 700 Projekte gefördert. Damit liegen wir schon jetzt über den Ergebnissen der Förderperiode 2000-2006 für diese Region.

Doch dieses Zwischenergebnis zeigt auch, dass noch rund zwei Drittel des Weges vor uns liegen, meine Damen und Herren.

Lassen Sie uns dabei aber nicht vergessen, dass neben den ESF- Mitteln immer auch Co-Finanzierungsmittel eingesetzt werden müssen. Die Realisierung von Projekten wird also erst durch zusätzliche Landesmittel, das finanzielle Engagement der Kommunen, der Kammern, der Arbeitsagentur, der Unternehmen und vieler anderer ermöglicht.

Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel, in denen Sparzwänge die Haushaltsaufstellungen bestimmen, steht die Arbeitsmarktpolitik unter einem besonderen Legitimationsdruck. Bestrebungen zur Haushaltskonsolidierung machen vor der Arbeitsmarktpolitik als freiwilliger Aufgabe der Landespolitik nicht Halt.

Aber: Jeder einzelne Euro, der in ESF- Projekten eingesetzt wird, ist gut angelegtes Geld. Denn mit jedem Cent, der in die Arbeitsmarktpolitik fließt, investieren wir in Menschen.

Diese Investition zahlt sich letztlich aus. Sie hilft dem Einzelnen, der einen Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz erhält und sichert, bei der Existenzsicherung. Diese Investition hilft aber auch der Gesellschaft und den Unternehmen. Wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht, steigt die Kaufkraft, und wir alle werden als Steuerzahler entlastet.

Moderne, innovative und wettbewerbsfähige Unternehmen werden nur dann auf Dauer am Markt bestehen, wenn ein entsprechendes Fachkräftepotential vorhanden ist.

Grundvoraussetzung dafür ist, dass sich auch die Beschäftigten weiterentwickeln, ihr Wissen erweitern und somit Innovationen hervorbringen. Qualifizierte Menschen sind

nun einmal die wichtigste Ressource für die Wirtschaft und damit auch für unser Land.

Seit meinem Amtsantritt habe ich mich für die enge Verknüpfung von Wirtschaft und Arbeit eingesetzt. Wirtschaft und Arbeit gehören als zwei Seiten einer Medaille untrennbar zusammen.

Ein Land, das eine erfolgreiche Wirtschaft will, muss gleichzeitig Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung fördern.

Und dieser Weg ist ein anspruchsvoller. Denn wir wollen nicht einfach nur das Geld mit der Gießkanne verteilen, sondern es in gute, und nachhaltig wirkende Projekte investieren.

Gerade im Konvergenzgebiet haben wir dabei aber auch die Möglichkeit, etablierte und ausgetretene Förderpfade zu verlassen und neue Möglichkeiten und Förderansätze zu erproben. Auch dies wollen wir weiterhin verstärkt tun.

Und dabei unterstützen uns die EU-Büros sehr.

Neben der Entwicklung eigener Projekte ist es vor allem die vielfältige Informations- und Beratungstätigkeit der EU-Büros.

Erst kürzlich konnte ich mir im Rahmen der ESF-Messe in Celle hiervon persönlich ein Bild machen. Und ich muss sagen, es ist wirklich beeindruckend, mit welchem Engagement Sie den Europäischen Sozialfonds hier im Lande und auch darüber hinaus vertreten.

Ja, meine Damen und Herren, das werden viele von Ihnen vielleicht nicht wissen. Selbst bis nach Brüssel haben es diese drei Büros schon geschafft. Sie wurden dort im Jahr 2008 im Rahmen der jährlichen „Employment Week“ als besonderes niedersächsisches Projekt der internationalen Öffentlichkeit mit großem Erfolg vorgestellt.

So etwas kann sich sehen lassen, und deshalb stellen wir die EU-Büros immer wieder gerne vor, in Brüssel, auf ESF-Messen und auf vielen anderen Veranstaltungen.

All dies ist aber auch mit sehr viel Arbeit verbunden, die von Außenstehenden häufig gar nicht richtig wahrgenommen wird.

Ich möchte mich deshalb an dieser Stelle einmal ganz herzlich bei den drei Personen bedanken, die die Arbeit der EU-Büros tragen und gestalten:

- Frau Juliane Bauer, vom Büro der freien Wohlfahrtspflege,
- Herrn Bernhard Hardinghaus, vom Büro des Arbeitgeberverbandes und
- Herrn Lars Niggemeyer vom Büro der Gewerkschaften.

Ihnen dreien sage ich ein herzliches Dankeschön.

Machen Sie weiter wie bisher,
schieben Sie neue Projekte an,
begleiten Sie die Träger in der Zusammenarbeit mit der NBank und
machen Sie Werbung für den ESF.

Dann bin ich sicher, die nächsten drei Jahre werden in der Geschichte der EU-Büros mindestens so erfolgreich sein, wie die vergangenen drei.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!